

Wer wir sind – was wir wollen

DAS BÜNDNIS

Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen ist ein Bündnis politisch engagierter Frauen aus den Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses, der Berliner Landesregierung, aus Gewerkschaften, Frauen-Projekten, wissenschaftlichen Institutionen, Medien und weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens. Ihre Gründung war 1992 eine Idee von Berliner Parlamentarierinnen und Senatorinnen: Senatorin Dr. Christine Bergmann SPD; Carola v. Braun MdA FDP; Elke Herer MdA PDS; Ingrid Holzhüter MdA SPD; Dr. Sibyll-Anka Klotz MdA Bündnis 90/Grüne; Senatorin Prof. Dr. Jutta Limbach SPD; Irina Schlicht MdA CDU; Senatorin Ingrid Stahmer SPD. Danach wurde sie von den frauenpolitischen Sprecherinnen des Abgeordnetenhauses und Vertreterinnen diverser Institutionen, Fraueneinrichtungen und –gruppen außerhalb des Parlaments auf- und ausgebaut.

DIE ZIELE

Ziel der Überparteilichen Fraueninitiative ist, den Gedanken und die Praxis überparteilicher Bündnisse von Frauen als Zukunftsstrategie in gesellschaftliche Erneuerungsprozesse einzubringen. Wir sind eine Berliner Initiative, die auch den Schwerpunkt ihrer Arbeit in Berlin sieht; viele der Themen aber, die wir aufgreifen, sind Fragen und Probleme, die Frauen generell bewegen. Die Überparteilichkeit bündelt über Fraktionsgrenzen hinweg Ideen und Kräfte, um so Gestaltungsmöglichkeiten und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen und privaten Leben und an den Ressourcen hier und anderswo zu vergrößern. Seit unserem Bestehen gilt dabei besondere Aufmerksamkeit dem Diskurs mit PolitikerInnen im Parlament und in der Exekutive. Durch ein Netzwerk von Informationen, gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen wollen wir Themen, die für Frauen besonders relevant sind, öffentlich beeinflussen und Frauen damit zugleich als Machtfaktor sichtbar machen. Es gehört auch zu unseren Zielen, den Gedankenaustausch und die Zusammenarbeit von Frauen aus unterschiedlichen Generationen, in unterschiedlichen Institutionen und Kulturen innerhalb der Stadt und darüber hinaus möglichst lebendig zu praktizieren.

DIE ARBEITSWEISE

In den Jahren seit der Gründung als ein - bundesweit einmaliges – Parteien- und Generationen übergreifendes Frauenforum konnten wir eine Fülle von Erfahrungen mit überparteilicher Zusammenarbeit sammeln. Innerhalb der „Kern“-Gruppe und für die ad-hoc Kooperationen mit unterschiedlichen Fraueninstitutionen und –gruppen haben wir uns auf Verfahrensweisen im Umgang mit unterschiedlichen politischen Positionen und Differenzen in Einzelfragen geeinigt. Als wichtigster Grundsatz gilt: bei der Arbeit in der Überparteilichen Fraueninitiative agiere jede Frau möglichst frei von den gängigen Streitritualen, die zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen, Parlament und Verwaltung, autonomer und traditioneller Frauenbewegung, Ost und West sonst stattfinden. Von unterschiedlichen Grundpositionen der Frauen und ihren Gruppen ist auszugehen, sie werden als Demokratie fördernd anerkannt: Aus ihnen heraus wird jeweils ein Konsens gesucht, der aber nicht erzwungen werden darf. Droht ein Konsens zu flach auszufallen oder ist ein Konflikt unüberwindbar, wird auch einmal auf eine Veranstaltung zu einem Thema verzichtet, oder eine einzelne Gruppe übernimmt diese Veranstaltung als ihre eigene. Grundsätzlich wird niemand „vorgeführt“ und niemand überstimmt.

Die Einübung dieses Vorgehens ist mühsam, aber sie fördert die Effektivität von Frauenpolitik und intensiviert das Demokratieverständnis und die Sachbezogenheit von Politik. Wie hilfreich dieser nicht nur passiv tolerante sondern aktiv respektierende Umgang mit Unterschieden ist, konnten wir insbesondere in dem hochsensiblen Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs in unseren Projekten erfahren.

Das Netzwerken

Als Berlin 1999 Sitz der Bundesregierung wurde, erweiterte sich das politische Spektrum der Stadt: der Zuzug von Regierungsinstitutionen, Botschaften und Berufs- und Interessenverbänden und mit ihnen von vielen politisch aktiven Frauen ermöglichte und erforderte eine Verdichtung des frauenpolitischen Netzwerkes der Stadt.

Für uns war das eine Erweiterung der Chancen, AnsprechpartnerInnen zu finden und Themen noch besser auf ihre überregionale Bedeutung zu überprüfen. So gelang es z.B., in einer überfraktionellen Arbeitsgemeinschaft im Bundestag einige Themen auf den Weg zu bringen. Andererseits wurde es schwerer, eine gute Balance zwischen dem Aufgreifen aktueller Themen und der hartnäckigen Verfolgung von relevanten Problemen, die aber gerade keine „Konjunktur“ haben, zu finden.

Was sich in gut zwei Jahrzehnten unseres Bestehens nicht geändert hat: Wir arbeiten nach wie vor rein ehrenamtlich. Und wir heißen – damals wie heute - neue, politisch engagierte Mitstreiterinnen willkommen; denn die „Anlässe“ unserer Arbeit werden auf lange Sicht nicht ausgehen.

Mai 2012